



Inhaltsverzeichnis

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV	3
24.01.2026 Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard: Hoffnung für den Arbeitsmarkt im Nordosten, besonders für eine Region	4
24.01.2026 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung: Nord Stream 2 will Gas-Pipelines warten	6
26.01.2026 DIE WELT: Bundesamt gegen Atomkraft	8

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

Hoffnung für den Arbeitsmarkt im Nordosten, besonders für eine Region

Mecklenburg-Vorpommern und die Sozialpartner suchen Auswege aus der Arbeitsmarktkrise. Eine Region macht in dieser Gemengelage mit Blick auf die Arbeitslosenzahlen aber Hoffnung.

Schwerin Im neuen Jahr wird auf dem Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern eine leichte Besserung erwartet. Das vom Bund auf den Weg gebrachte Investitionspaket werde „Wirkung entfalten – auch auf dem Arbeitsmarkt“, ist der Chef der Landesarbeitsagentur Markus Biercher überzeugt. Zwar bleibe das wirtschaftliche Umfeld herausfordernd. Dennoch: „Trotz aller Unwägbarkeiten bin ich zuversichtlich“, sagte er am Rande des Zukunftsbündnisses des Landes und der Sozialpartner in MV.

Er rechne für 2026 in MV mit einer stabilen Arbeitsmarktlage und einem moderaten Rückgang der Arbeitslosigkeit. „Die Sicherung des Fachkräftebedarfs, die Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in Arbeitsmarkt und Gesellschaft sowie die Folgen des demografischen Wandels werden den Arbeitsmarkt prägen“, erwartet Biercher.

Die Lage scheint sich zu bessern: Wissenschaftler des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) gehen in ihrer Arbeitsmarktprognose für MV für 2026 von einer Abnahme der Arbeitslosigkeit um bis zu 0,5 Prozent aus – nach Nordrhein-Westfalen und Hessen der stärkste Rückgang bundesweit.

Den Erwartungen zufolge kann der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte mit der größten Entlastung rechnen – bis zu 2,4 Prozent weniger Arbeitslose, ergab die IAB-Studie. Landesagenturchef Biercher sieht mit dem Ausbau des Schiffbaustandorts in Wismar auch für

Westmecklenburg gute Chancen. „Das strahlt auch auf die Region aus“, sagte er.

Auch in der Wirtschaft mehrte sich die Zahl der Optimisten: Fast jedes sechste Unternehmen will im neuen Jahr zusätzliches Personal einstellen – doppelt so viele wie vor einem Jahr, hatte eine neue Umfrage der Vereinigung der Unternehmensverbände (VU) ergeben.

Bündnis setzt auf ein Bündel von Maßnahmen

Erst im vergangenen Jahr hatte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in MV weiter eingetrübt: Die Konjunkturflaute habe auch in MV „Spuren hinterlassen“, meinte Biercher: „Im bundesweiten Vergleich steht Mecklenburg-Vorpommern jedoch gut da.“ So stieg die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zu 2024 lediglich um ein Prozent, der geringste Zuwachs aller Bundesländer. Land, Kommunen und Sozialpartner aus der Wirtschaft und den Gewerkschaften haben sich indes im Zukunftsbündnis MV auf ein Bündel von neuen Maßnahmen geeinigt, um den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft weiter zu stärken.

Trotz schwieriger Lage international und in Deutschland zeige sich die Wirtschaft robust, bilanzierte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) auf dem Spitzentreffen.

Zur weiteren Unterstützung hätten sich die Bündnispartner u. a. auf die Einrichtung eines Bürokraziemelders verständigt,

mit dem Unternehmen online unter der Adresse www.buerokratiemelder-mv.de konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau geben könnten, denen das Land nachgehen werde. Dabei solle es um Vereinfachungen und nicht um den Abbau sozialer Standards gehen, versicherte Schwesig.

Zudem sollen Nachweis- und Dokumentationspflichten für die Unternehmen „spürbar abgebaut“ und die Vergabe von Direkt-Staatsaufträgen vereinfacht werden, kündigte Schwesig an.

Wertgrenzen für öffentliche Direkt-Baufträge erhöhen

Dafür würden die Wertgrenzen für öffentliche Direkt-Baufträge von 10.000 auf 150.000 Euro, für direkte Dienstleistungsaufträge von 5000 auf 100.000 Euro erhöht. Eine Änderungsverordnung werde im Februar in Kraft treten. Zur Sicherung von Arbeits- und Fachkräften hat sich das Bündnis darauf verständigt, zu prüfen, die bisher bereits im Handwerk an Schüler gezahlte Praktikumsprämie auch auf andere Branchen zu erweitern.

Mit Hilfe können auch junge Arbeitslose rechnen: So soll in MV für Jugendliche unter 25 Jahren ohne Ausbildung oder Ausbildungsplatz ein sogenannter Jobturbo gestartet werden, kündigte Landesarbeitsagenturchef Biercher an. Jedem Jugendlichen sollen damit individuelle Angebote gemacht werden, um ihn für den Arbeitsmarkt zu gewinnen.

Wörter: 544
Autor/-in: Torsten Roth
Ressort: landmv
Seitentitel: landmv
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage¹: 7.808 (gedruckt)
8.000 (verkauft)
8.277 (verbreitet)
Reichweite²: 0,03645 (in Mio)

¹ von PMG gewichtet 10/2025

² von PMG gewichtet 7/2025

Nord Stream 2 will Gas-Pipelines warten

Unternehmen klagt gegen Sanktionen der EU / Grünen-Experte warnt: „Der erste Schritt zu neuen Gaslieferungen“

Die Kritiker im Schweriner Landtag sind alarmiert: Der Pipeline-Betreiber Nord Stream 2 will die Sanktionen der EU gegen die Gasröhren aus Russland vor Gericht kippen, um die Leitungen warten und instand halten zu dürfen. Der erste Schritt zu neuen Gaslieferungen?

Seit mehr als drei Jahren liegen drei der vier Röhren ungenutzt und zerstört in der Ostsee. Doch schon bald könnte es am Meeresgrund Bewegung geben, wenn Europas höchstes Gericht einer Klage aus der Schweiz stattgibt: Die Nord Stream 2 AG - Eigentümer der gleichnamigen umstrittenen Erdgas-Pipelines - klagt gegen die Sanktionen der EU. Das Ziel: Der Europäische Gerichtshof soll die „Fertigstellung“ und „Instandhaltung“ wieder erlauben.

Die Landespolitik in MV ist alarmiert. „Die Reparaturpläne für Nord Stream 2 und die Klage gegen die Sanktionen können nur ein Ziel haben: den Weg zurück zu fossilen Profiten und politischer Erpressung zu öffnen“, sagt Hannes Damm (34), fraktionsloser Landtagsabgeordneter der Grünen und Experte für die Pipelines.

Eingereicht wurde die Klage Mitte Oktober vom Berliner Wirtschaftsrechtsexperten Bertrand Malmendier (58), im Auftrag der Nord Stream 2 AG mit Sitz im schweizerischen Zug. Im Juli 2025 hatte die EU die Sanktionen gegen Russland nochmals verschärft: „Es ist verboten, in Zusammenhang mit den Erdgas-Pipelines Nord Stream und Nord Stream 2 unmittelbar oder mittelbar Transaktionen zu tätigen, die die Fertigstellung, den Betrieb, die Instandhaltung oder die Nutzung der Pipelines betreffen“, heißt es in der Sanktionsverordnung.

Genau diesen Passus greift Nord Stream 2, Mehrheitseigentümer war zuletzt der russische Staatskonzern Gazprom, vor Gericht in Luxemburg an. Malmendier fordert, den ganzen Artikel 5af der Verordnung, der die Pipelines betrifft, für „nichtig“ zu erklären - mindestens aber für Nord Stream 2.

Eine der beiden nie in Betrieb gegangenen Gasleitungen zwischen Ust-Luga und Lubmin ist noch intakt. Die zweite Röhre könnte nach Einschätzung von Experten repariert werden. „Als Eigentümerin der Pipelines ist die Nord Stream 2 AG verantwortlich für die Erfüllung der zivilrechtlichen Verkehrssicherungspflichten, um Schäden an Personen, Umwelt und Schifffahrt abzuwenden. Dafür müssen Inspektionen, Sichtprüfungen und Wartungsarbeiten durchgeführt werden“, schreibt Malmendier auf OZ-Anfrage. Dazu hätten die Bundesrepublik und andere Anrainer die Nord Stream 2 AG ebenfalls verpflichtet.

Aufgrund der Sanktionen sei das aber nicht möglich: „Für die Erfüllung dieser Verpflichtungen ist die Nord Stream 2 AG auf Nach- und Subunternehmer angewiesen“, so der Anwalt.

Die Verordnung der EU erzeuge aber ein „hohes Maß an Rechtsunsicherheit“ bei Unternehmen. Dürfen sie die Arbeiten überhaupt ausführen? Dürfen Banken für den Zweck der Wartung Geld - zum Beispiel aus Russland - empfangen und an Firmen auszahlen?

Es gehe bei der Klage nicht darum, die Leitungen wieder in Betrieb zu nehmen. „Die Frage stellt sich in den heutigen geopolitischen und rechtlichen Rahmenbedingungen nicht.“ Außerdem: Erst im vergangenen Jahr hätten die Gläubiger des insolventen Unternehmens mit der Nord Stream 2 AG einen Nachlassvertrag geschlossen, genehmigt von Richtern in der Schweiz. „Dieser Nachlassvertrag hat den Geschäftszweck der AG eingegrenzt“, so Malmendier.

Zulässig seien nur die Sicherung der Röhren, „Befriedigung der Gläubiger“ und Maßnahmen zur Abwendung einer Insolvenz. „Anderen Aktivitäten darf die Gesellschaft nicht nachgehen.“ Auch keinen „Gaslieferungen“.

Die Klage weckt dennoch Befürchtungen, weil bereits Ende 2024 ein Vertrauter von US-Präsident Donald Trump, der Finanzier Stephen Lynch, Interesse an einem Kauf der Pipelines und einer Wiederaufnahme der Gaslieferungen unter „US-Kontrolle“ angekündigt hatte.

Eine „Sicherung“ der Röhren sei der erste Schritt, warnt Hannes Damm von den Grünen. „Eine Wiederinbetriebnahme würde Europa erneut in gefährliche Abhängigkeiten von Putins Regime treiben und den dringend notwendigen Ausstieg aus klimaschädlichem Erdgas sabotieren.“ Seite 6

Wörter: 595
Autor/-in: Andreas Meyer
tmt6ki94bhbwgp14kf1oj0r
Seite: 1
Ressort: Titelseite
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage¹: 16.336 (gedruckt)
19.087 (verkauft)
20.705 (verbreitet)
Reichweite²: 0,04382 (in Mio)

¹ von PMG gewichtet 10/2025

² von PMG gewichtet 7/2025

KOMMENTAR

Bundesamt gegen Atomkraft

Der Report zeige deutlich, „dass die prognostizierte Renaissance der Atomkraft klar ausbleibt“, verkündet das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Auf Atomkraft zu setzen lohne sich nicht, suggeriert die Behörde, die dem Bundesumweltministerium unterstellt ist. Doch es gibt einen Haken: Der Report, auf den sie sich beruft, stammt von Anti-Atomkraft-Aktivisten.

Fachbehörden, zu Gemeinwohl und Ausgewogenheit verpflichtet, sollten Informationen sorgfältig bewerten und Bürger neutral informieren. Das BASE hingegen, eigentlich für die Suche nach einem Endlager für AKW-Müll gegründet, geriert sich als Anti-AKW-Verein. Verfasser des „World Nuclear Industry Status Report (WNISR)“, den das BASE bewirbt, sind einige der engagiertesten Anti-Atomkraft-Aktivisten. Herausgeber Mycle Schneider kämpft seit Jahrzehnten leidenschaftlich gegen Kernkraft, ebenso andere Mitarbeiter und Unterstützer des Reports, darunter Politiker grüner Parteien in Europa, die linke Heinrich-Böll-Stiftung und Amory Lovins, ein Kämpfer gegen „Energie im Überfluss“.

„Das BASE unterstützt gemeinsam mit anderen Institutionen das Vorhaben des WNISR 2025“, lobhudelt die Behörde in ihrer Pressemitteilung. Dabei fällt vor allem auf, wie selektiv der Report

argumentiert. Er fokussiert auf Negativtrends, tut hingegen den AKW-Ausbau in China als Ausnahme ab. Dass zahlreiche Länder Europas Beschlüsse zum (Wieder-)Einstieg in die Atomkraft gefasst haben, auch weil sie klimafreundlich ist, übergeht der Report, weil sich die Beschlüsse bisher nicht in Zahlen zeigen. Die „Declaration to Triple Nuclear Energy“, in der sich 33 Staaten dazu entschlossen haben, die globale Kernenergiekapazität bis 2050 zu verdreifachen, wird als „unrealistisch“ abgetan.

Der WNISR-Report konzentriert sich auf realisierte Projekte und bestehende Reaktoren. Zukunftstechnologien – etwa Generation-IV-Reaktoren, Recycling-Brennstoffkreisläufe oder die staatlichen und privaten Investitionen in die Small-Modular-Reactor-Entwicklung – tut er ab. Um das Bild von überfeuerten Kernkraftprojekten zeichnen zu können, greift der Bericht auf prominente Negativbeispiele zurück und bauscht selbst kleinere Verzögerungen auf. Dabei haben Länder wie Südkorea, China oder die Vereinigten Arabischen Emirate neue Reaktoren im Zeit- und Budgetrahmen ans Netz gebracht.

Auch strategische und geopolitische Vorteile einer Pro-Kernkraft-Politik werden verzerrt. Die Energiewende in Deutschland mit Ausstieg aus der Kernkraft führte zu Abhängigkeiten von Erdgas und zu Stromimporten aufgrund der Unzuverlässigkeit von Wind und Sonne. Der Fokus auf Wind und Solar bedient die Wertschöpfungskette Chinas, dennoch behauptet der WNISR irrlchternd, erneuerbare Energien dienen der Versorgungssicherheit. BASE-Präsident Christian Kühn, ein Grünen-Politiker, und sein Vorgänger Wolfram König, ebenfalls entschiedener Kernkraftgegner, haben das BASE von 40 Planstellen 2016 auf 523 Planstellen im Jahr 2025 vergrößern können. Für neutrale Fachleute in der Behörde scheint es ungemütlich zu werden. Das Haus sei „in grüner Hand“, heißt es in einem internen Schreiben, das „Apollo News“ kürzlich öffentlich machte.

„Als Fachleute hatten wir schon immer Schwierigkeiten mit der parteipolitischen Ausrichtung des Amtes“, heißt es in dem Brief. Fachliche Arbeit sei „nur noch eingeschränkt möglich“, die Arbeit werde „von grüner Parteipolitik bestimmt“. Warum schaut sich das neue Bundesministerium für Staatsmodernisierung, das den Staat entrümpeln soll, nicht mal im BASE um?

DIE ARBEIT IN DER BEHÖRDE WIRD VON GRÜNER PARTEIPOLITIK BESTIMMT

Wörter: 469
Autor/-in: AXEL BOJANOWSKI
Seite: 7 bis 7
Rubrik: MEINUNGSFREIHEIT
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2026
Nummer: 17
Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage¹: 66.966 (gedruckt)
91.091 (verkauft)
115.757 (verbreitet)
Reichweite²: 0,89835 (in Mio)

¹IVW 3/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen